

SITZUNG VOM

28. September 1998

PROTOKOLL

der 5. Sitzung

Datum: Montag, 28. September 1998

Zeit: 19.00 bis 20.35 Uhr

Ort: Singsaal Lättenwiesen

Vorsitz: Ratspräsident Daniel Trachsler

Protokoll: Roger Wursch

Anwesend: 35 Mitglieder

Abwesend: Thomas Zähler (berufliche Abwesenheit)



SITZUNG VOM

28. September 1998

Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. Protokoll der 4. Sitzung vom 6. Juli 1998
3. Information von Finanzvorstand Jacques Mettler betreffend "Finanzpolitische Zielsetzung der Legislaturperiode 1998/2002"
4. Postulat Priska Brühlhart (NIO) und Mitunterzeichnende "Verbesserung des Ortsbusangebotes" - Beantwortung und Abschreibung
5. Postulat Patricia Condoleo (CVP) und Mitunterzeichnende "Auslastung der Badanlage Bruggwiesen" - Beantwortung und Abschreibung
6. Postulat Brigitte Schwyzer (CVP) und Mitunterzeichnende "Privatisierung des Frei- und Hallenbades" - Beantwortung und Abschreibung
7. Interpellation Pia Bättig (GV) und Mitunterzeichnende "Überdeckung Flughafenautobahn N11" - Beantwortung
8. Festsetzung eines befristeten Wassertarif-Rabattsatzes
9. Verkehrsbetriebe Glattal - Auflösung des Zweckverbandes
10. Bewilligung des Stellendaches für das Alterszentrum Gibeleich
11. Fluglärm - Formelle und materielle Enteignung, Ermächtigung an den Stadtrat zur Prozessführung und Bewilligung eines Nachtragskredites von Fr. 60'000.--
12. Genehmigung der Abrechnung über die Projektierung der Lärmschutzmassnahmen 1991 mit Gesamtkosten von netto Fr. 510'667.70



SITZUNG VOM

28. September 1998

1. Mitteilungen**1.1 Behördenschüssen****V 4.3.1**

Ratspräsident Daniel Trachsler gratuliert Christian Müller zum Bestresultat am Behördenschüssen 1998 der Sportschützen.

1.2 Stimmenzählung**V 4.3.1**

Thomas Zähler ist ortsabwesend; die Tische werden wie folgt aufgeteilt:

Werner Erni (FDP): CVP, FDP, FP und SVP

Brigitte Schwyzer (CVP): EVP, GV, SP, NIO und Büro

1.3 Eingegangene Post**V 4.3.1**

- Protokoll der 4. Bürositzung vom 24. August 1998
- Protokoll der 5. Bürositzung vom 14. September 1998
- Geschäftsliste per 16. September 1998
- Aufgabenbeschrieb PLAKO zu Händen Gemeinderat
- Einladung Gesundheitsabteilung an GPK und GK - Begehung Friedhof
- Aktennotiz Gesundheitsabteilung - Begehung Friedhof mit GPK und GK
- SR-Beschl.-Nr. 187 - Lärmschutz entlang SBB-Linien, Sanierung Opfikon Nord - Vorfinanzierung, Auftragsvergabe / Kreditbewilligung
- Rangliste des Behördenschüssens (Sportschützen)
- Werkkommissions-Beschl.-Nr. 25 - Neubau Niederspannungskabelanlage und Reservekabelschutzrohranlage Quartierplan Böschenwiesen, Projekt- und Kreditgenehmigung (GA)
- Werkkommissions-Beschl.-Nr. 26 - Neubau Wasserleitung Quartierplan Böschenwiesen, Projekt- und Kreditgenehmigung (GA)
- SR-Beschl.-Nr. 205 - Finanzen/Bauabteilung, Prozessbeschrieb im Baubewilligungsverfahren, Kenntnisnahme Erfahrungsbericht (inkl. Bericht)
- SR-Beschl.-Nr. 207 - Gasversorgung Opfikon, Übernahme des bestehenden Gasliefervertrages durch die Erdgas Zürich AG
- Plattform (Mai 98) - Forum und Hauszeitung der Stiftung Glattal und Unterland

2. Protokoll der 3. Sitzung vom 8. Juni 1998

Bruno Maurer (GPK-Präsident), erklärt, dass die GPK anlässlich der Prüfung des Geschäftsberichtes einen guten Einblick in die Arbeit der Verwaltung (nicht in die Arbeit der Kommission) erhalten habe.

Das Protokoll wird mit dieser Änderung genehmigt und verdankt.



SITZUNG VOM

28 September 1998

3. Information von Finanzvorstand Jacques Mettler betreffend "Finanzpolitische Zielsetzung der Legislaturperiode 1998/2002" F 4.3.3
-

In einem 15-minütigen Referat erläutert Finanzvorstand Jacques Mettler die finanzpolitische Zielsetzung für die Legislaturperiode 1998/2002. Hauptziel ist die Festigung des Finanzhaushaltes. Der Steuerfuss kann - unter aufgezeigten Voraussetzungen - voraussichtlich beibehalten werden.

4. Postulat Priska Brühlhart (NIO) und Mitunterzeichnende "Verbesserung des Ortsbusangebotes - Beantwortung und Abschreibung" V 2.2.1
-

Priska Brühlhart (NIO) dankt allen für die rasche Erfüllung eines Bedürfnisses. Abklärungen haben ergeben, dass gewisse Streichungen im Fahrplan berechtigt waren. Sie ist mit dem Resultat zufrieden und mit der Abschreibung einverstanden.

Das Postulat wird ohne weitere Wortmeldungen abgeschrieben.

4. Postulat Priska Brühlhart (NIO) und Mitunterzeichnende "Verbesserung des Ortsbusangebotes - Beantwortung und Abschreibung" V 2.2.1
-

Der Gemeinderat

- gestützt auf den Beschluss des Stadtrates vom 25. August 1998 und die heutigen Ausführungen -

BESCHLIESST:

1. Das Postulat wird als erledigt abgeschrieben.
2. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - Verkehrsbetriebe Glattal, Sägereistrasse 24, 8152 Glattbrugg
 - Stadtrat
 - Polizei- und Wehrvorstand
 - Polizei- und Wehrabteilung
 - Polizeisekretär
 - Stadtkanzlei



SITZUNG VOM

28. September 1998

5. Postulat Patricia Condoleo (CVP) und Mitunterzeichnende "Auslastung der Badanlage Bruggwiesen" - Beantwortung und Abschreibung L 3.1.6
-

Als Mitunterzeichnerin äussert sich Brigitte Schwyzer (CVP) über die Beantwortung. Diese hat im Sinne der Erstunterzeichnerin stattgefunden. Die umfassenden Ausführungen werden verdankt und zur Kenntnis genommen. Die Fraktion ist von der Beantwortung befriedigt, erachtet es aber als wichtig, dass mit einer ständigen Kontrolle und weiteren Bemühungen versucht wird, das Bad weiter zu beleben. Die Ausführungen über das Lehrschwimmbecken überzeugen. Eine Grundsatzdiskussion darüber wird jedoch geführt werden müssen, sobald grössere Investitionen anfallen. Die CVP ist mit der Abschreibung einverstanden.

Das Postulat wird ohne weitere Wortmeldungen abgeschlossen.

5. Postulat Patricia Condoleo (CVP) und Mitunterzeichnende "Auslastung der Badanlage Bruggwiesen" - Beantwortung und Abschreibung L 3.1.6
-

Der Gemeinderat

gestützt auf den Beschluss des Stadtrates vom 25. August 1998 und die heutigen Ausführungen -

BESCHLIESST:

1. Das Postulat wird als erledigt abgeschlossen.
2. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - Schulpflege
 - Stadtrat
 - Jugend- und Sportvorstand
 - Schulsekretariat
 - Jugend- und Sportabteilung
 - Betriebsleiter Bad
 - Stadtkanzlei



SITZUNG VOM

28. September 1998

6. **Postulat Brigitte Schwyzer (CVP) und Mitunterzeichnende
"Privatisierung des Frei- und Hallenbades" - Beantwortung
und Abschreibung**

L 3.1.6

Auch hier dankt Brigitte Schwyzer (CVP) dem Stadtrat und der Verwaltung für die ausführliche Beantwortung. Von der Beantwortung der zweiten Frage ist sie vollumfänglich befriedigt, hingegen mit derjenigen zur ersten Frage nicht. Der Stadtrat hat aufgrund der Arbeit der Stadt Zürich auf eine generelle Ausschreibung verzichtet, da er sich nichts davon verspricht. Brigitte Schwyzer ist der Ansicht, dass die zentrale Lage von Opfikon nicht mit der Stadt Zürich verglichen werden kann. Damit das Thema endgültig vom Tisch kommt, ist jedoch eine gesamtschweizerische Ausschreibung nötig. Sie ist der Ansicht, dass der Stadtrat diese Ausschreibung vornehmen soll. Sollten die Kosten dafür zu hoch sein, soll dies der Stadtrat aufgrund von Offerten offenlegen. *Brigitte Schwyzer beantragt daher, dass Postulat aufrecht zu erhalten, mit dem Auftrag an den Stadtrat, die Anlage gesamtschweizerisch auszuschreiben.*

Jugend- und Sportvorstand, Walter Fehr, ist überzeugt davon, dass beim Betrieb der Badanlage kein grosses Sparpotential mehr vorhanden ist. Bei den eingesehenen AG-Betrieben wird überall das Defizit von der Stadt/Gemeinde(n) getragen. Nur Einfluss geht verloren. Eine Chance für eine offene, gründierte, politische Diskussion über die Badanlage sieht er im Pilotprojekt "Globalbudget". Hier kann der Auftrag von der Politik genau definiert werden. Die dadurch entstehenden Kosten können aufgezeigt werden. Walter Fehr bittet, das Postulat abzuschreiben.

Jörg Mäder (NIO) äussert sich über einen Nebenpunkt der Antwort. Es wird erklärt, dass sich das Bad von der Airportseite zurückzieht, und dass dieses Gelände öffentlich zugänglich gemacht wird. Die NIO begrüsst dieses Vorgehen. Es ist ihr ein Anliegen, dass diese Naherholungszone ausgeweitet und der Bevölkerung in einer attraktiven Form zugänglich gemacht wird. Jörg Mäder kündigt dementsprechende Vorstösse an.

Es finden keine weiteren Wortmeldungen mehr statt. **Bei der Abstimmung wird das Postulat mit 19:15 Stimmen abgeschrieben.**



SITZUNG VOM

28. September 1998

6. Postulat Brigitte Schwyzer (CVP) und Mitunterzeichnende
"Privatisierung des Frei- und Hallenbades" - Beantwortung
und Abschreibung

L 3.1.6

Der Gemeinderat

- gestützt auf den Beschluss des Stadtrates vom 25. August 1998 und die heutigen Ausführungen -

BESCHLIESST:

1. Das Postulat wird als erledigt abgeschrieben.
2. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - Schulpflege
 - Stadtrat
 - Jugend- und Sportvorstand
 - Schulsekretariat
 - Jugend- und Sportabteilung
 - Betriebsleiter Bad
 - Stadtkanzlei



SITZUNG VOM

28. September 1998

7. Interpellation Pia Bättig (GV) und Mitunterzeichnende "Überdeckung der Flughafenautobahn N11" - Beantwortung

U 1.1.2

Pia Bättig (GV) dankt dem Stadtrat und der Verwaltung für die Beantwortung. Sie ist jedoch der Ansicht, dass einige Fragen nicht, oder zuwenig detailliert beantwortet wurden (z.Bsp. N11-Ausschuss, optimistische Prognosen, Verkehrsprobleme während Bauzeit). Die Verzögerung gegenüber dem ursprünglichen Programm sind bereits gross, weitere Verzögerungen (Projektierungs-ende 1998, Baubeginn 2000) leuchten nicht ein.

Bauvorstand Walter Epli gibt der Interpellantin recht, dass die Informationen (vor allem nach aussen) bisher spärlich flossen. Dies soll verbessert werden. Die Verzögerungen sind - nach seiner Auffassung - begründet. Folgegeschäfte werden in nächster Zeit in den Rat kommen. Weitere Diskussionen sind dazumal möglich. Der städtische N11-Ausschuss setzt sich wie folgt zusammen: Bauvorstand (Leitung), Werk- und Finanzvorstand, Liegenschaftenvorsteherin und die betreffenden Abteilungsleiter. Der Ausschuss diskutiert die Probleme "Opfikon" und vertritt diese gegenüber dem Kanton. Optimistische Prognosen sind gerechtfertigt, da dieser Autobahnteil (im Gegensatz zum Zusammenschluss in Kloten, welcher Kantonsteil ist) zum Nationalstrassennetz gehört und somit die Kostenverteilung massiv anders ist. Die Bauzeit wird auf jeden Fall für Opfikon spürbar werden, dies kann man nicht vermeiden. Der Bau wird jedoch etappiert, so dass eine Sperrung der Autobahn vermieden werden kann.

Über Beantwortungen von Interpellationen werden keine Beschlüsse gefasst.



SITZUNG VOM

28. September 1998

8. Festsetzung eines befristeten Wassertarif-Rabattsatzes**W 1.4.1**

Der Sprecher der RPK, Albert Steffen, erklärt, dass dieser Rabatt aufgrund voller Kassen in der Spezialfinanzierung der Wasserwerke erfolgt (rund Fr. 3.5 Mio Überschuss). Dies ist möglich, obschon bereits heute der Wasserpreis in Opfikon sehr günstig ist (wie auch die Anschlussgebühren). Die RPK beantragt einstimmig, diesem befristeten Rabatt zuzustimmen.

Dem Wassertarif-Rabattsatz wird ohne weitere Wortmeldung zugestimmt.

8. Festsetzung eines befristeten Wassertarif-Rabattsatzes**W 1.4.1**

Der Gemeinderat

- gestützt auf die Anträge der Werkkommission vom 25. Juni 1998, des Stadtrates vom 7. Juli 1998 und der Rechnungsprüfungskommission vom 12. September 1998 sowie in Anwendung von § 49 Ziffer 2 lit. f der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

1. Dem befristeten Wassertarif-Rabattsatz von 10% auf den seit 1. Oktober 1990 gültigen Wassertarifen wird zugestimmt.
2. Diese Regelung gilt vom 1. Oktober 1998 bis 30. September 2000; Änderungen aufgrund ausserordentlicher Verhältnisse bleiben vorbehalten.
3. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - Stadtrat
 - Werkkommission
 - Gesundheitsvorsteherin
 - Finanzvorstand
 - Abteilung Gesundheit und Umwelt
 - Finanzverwaltung
 - Städtische Werke
 - Stadtkanzlei



SITZUNG VOM

28. September 1998

9. Verkehrsbetriebe Glattal - Auflösung des Zweckverbandes

V 2.2.2

Christian Müller (Sprecher der GPK) stört sich daran, dass hier der Gemeinderat einen Beschluss in einem Bereich fällen muss, wo die Tatsachen bereits vollendet sind. Die neue AG führt den Betrieb bereits seit dem 1. Januar 1998. Mit der neuen Betriebsform gingen einige Einflussmöglichkeiten verloren. Die neue Möglichkeit, dass sich auch Dritte integrieren können, wurde bisher nicht genutzt. Trotz allem scheint die Umwandlung zweckmässig. Christian Müller dankt Jürg Leuenberger für die ausführlichen Erläuterungen in der GPK und beantragt, der Auflösung des Zweckverbandes zuzustimmen.

Das Wort wird nicht weiter Erwünscht. Die Auflösung des Zweckverbandes ist somit bewilligt.

9. Verkehrsbetriebe Glattal - Auflösung des Zweckverbandes

V 2.2.2

Der Gemeinderat

- auf die Anträge des Stadtrates vom 15. April 1998 und der Geschäftsprüfungskommission vom 18. August 1998 sowie gestützt auf § 51 Ziffer 3 der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

1. Der Auflösung des Zweckverbandes "Verkehrsbetriebe Glattal" wird zugestimmt.
2. Es wird zustimmend davon Kenntnis genommen, dass der im Jahre 1993 geleistete Betriebsvorschuss im Betrag von Fr. 20'000.-- zurückerstattet wird.
3. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - Verkehrsbetriebe Glattal, Sägereistrasse 24, 8152 Glattbrugg
 - Stadtrat
 - Polizei- und Wehrvorstand
 - Polizeiabteilung
 - Finanzverwaltung
 - Stadtkanzlei



SITZUNG VOM

28. September 1998

10. Bewilligung eines Stellendaches für das Alterszentrum Gibeleich P 1.9.4

Der Sprecher der GPK, Valentin Peregó, erklärt, dass es sich bei diesem Geschäft erstmals um einen grossen Schritt in Richtung NPM handelt. *Die GPK stimmt diesem Schritt grundsätzlich einstimmig zu.* Die GPK und hoffentlich auch der Gemeinderat beweisen mit dieser Zustimmung einiges Vertrauen in den Stadtrat, was nicht selbstverständlich ist. Valentin Peregó hofft, dass sich der Stadtrat dieser Verantwortung bewusst ist. Es ist nicht wahrscheinlich, dass dieses Stellendach je ausgeschöpft werden muss, da bei der Berechnung von einer Vollbelegung ausgegangen wird, bei der alle Bewohner der höchsten Pflegestufe angehören (41,5 Pfleger-, Pflegerinnenstellen). Realistisch scheint ein Bedarf von 20 - 25 Pfleger- und Pflegerinnenstellen. Da die Beiträge der Krankenkassen bei höherem Pflegebedarf steigen, sollte das Defizit stabil bleiben. Das Defizit kann tiefer gehalten werden, als in der Abstimmungsweisung aufgezeigt wurde. Da ein Stellendach bisher weder Tradition ist, noch der heutigen Gemeindeordnung entspricht, ist der Beschluss befristet. Die nötigen Anpassungen müssen im Rahmen der Revision der Gemeindeordnung getätigt werden. Der Stadtrat ist mit den Beschlussergänzungen der GPK einverstanden.

Sozialvorstand Erich Klaus bestätigt das unübliche Vorgehen. Er bedankt sich bei der GPK für die kompetente Prüfung dieses umfassenden Geschäftes und für die guten Gespräche. Zur Zeit umfasst das Alterszentrum 38 Heimbewohner und 33 Bewohner aus dem Hochhaus (4 Hochhausbewohner wurden extern einquartiert). Vom Stellenplan werden zur Zeit 32,25 Stellen belegt (1,7 Verwaltung, 5,3 Hausdienst, 10,25 Restaurant, 15 Pflege). Der Pflegebereich wird ausgebaut werden müssen. Zur Zeit gehören 17 Bewohner und Bewohnerinnen der BESA-Stufe 4 an (8 BESA1, 7 BESA2, 6 BESA3). Die Einstufung wird gegenwärtig überarbeitet.

Das Wort wird nicht weiter erwünscht, **das Stellendach für das Alterszentrum Gibeleich ist somit bewilligt.**



MITZUNG VOM

28. September 1998

10 Bewilligung eines Stellendaches für das Alterszentrum Gibeleich

P 1.9.4

Der Gemeinderat

- gestützt auf die Anträge des Stadtrates vom 3. Februar 1998 und der Geschäftsprüfungskommission vom 8. September 1998 -

BESCHLIESST:

1. Das Stellendach für das Alterszentrum Gibeleich mit einem maximalen Stellenbedarf von 65 Stellen wird genehmigt.
2. Der Kurzbericht und der ausführliche Bericht des Stadtrates an den Gemeinderat vom 3. Februar 1998 bilden integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses.
3. Dieser Beschluss ist befristet bis 31. Dezember 2002.
4. Der Stadtrat ist verantwortlich für die Bewirtschaftung des Stellenplans im Alterszentrum Gibeleich innerhalb des bewilligten personellen und finanziellen Rahmens.
5. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - Fürsorgebehörde
 - Stadtrat
 - Stadtpräsident
 - Fürsorgevorstand
 - Finanzverwaltung
 - Stadtschreiber
 - Leiterin Sozialabteilung
 - Substitut
 - Heimleiter
 - Stadtkanzlei



SITZUNG VOM

28 September 1998

11. **Fluglärm - Formelle und materielle Enteignung, Ermächtigung an den Stadtrat zur Prozessführung und Bewilligung eines Nachtragskredites von Fr. 60'000.--** U 1.1.2

Die Sprecherin der GPK, Rosmarie Bolliger, erklärt, dass sich die GPK auch Gedanken über den Zeitpunkt der Klage gemacht hat. Da die Verjährung nicht klar definiert ist und eine Umwandlung des Flughafens in eine AG ansteht, wird ein Abwarten nicht als gut erachtet. Die Aussichten auf Erfolg sind nicht schlecht. Persönlich ist Rosmarie Bolliger stolz, dass die Stadt bereit ist zu kämpfen. Die GPK beantragt einstimmig, diesem Geschäft zuzustimmen.

Heinrich Eberhard (SVP) fragt sich, wer überhaupt eingeklagt werden soll, wie das Verfahren genau abzulaufen hat und ob der Zeitpunkt des Geldausgebens nicht zu früh ist?

Stadtpräsident Jürg Leuenberger erklärt, dass der Kanton als Betreiber des Flughafens eingeklagt werden soll. Die Grundlage ist ein Bundesgerichtsurteil über den Flughafen Genf. Das genaue Vorgehen kann Jürg Leuenberger weder abschätzen noch erklären, dafür sind die Anwälte zuständig und dafür wird auch das Geld benötigt.

Finanzvorstand Jacques Mettler ergänzt, dass der Kanton über das Vorgehen informiert ist. Dieser "Schuss vor den Bug" ist gerechtfertigt. Hauptsächlich muss eine bessere Lärmverteilung angestrebt werden. Der Kanton wird sein Vorgehen genaustens abwägen. Ein Kompromiss liegt durchaus im Bereich des Möglichen. Als Basis für den Musterprozess gilt das Urteil von Genf. Ob dies zu einem späteren Zeitpunkt weitere Klagen nach sich ziehen wird, wird sich weisen. Zur Zeit geht es um den umschriebenen Bereich. Sollte Opfikon Recht bekommen, ist eine Prozessentschädigung zu erwarten.

Heinrich Eberhard (SVP) ist der Ansicht, dass es zur Zeit niemanden zum Einklagen gibt. Die Gelder könnten im Rahmen des Budgets bewilligt werden. Es ist ja auch noch unklar, ob die Klage erweitert wird (z.Bsp. bis 1965).

Gesundheitsvorsteherin Regula Mäder erklärt, dass die Chancen bei den vor 1961 gekauften Grundstücken gut sind, hier ist eine Basis vorhanden. Alle anderen stehen auf wackligen Füßen.

Für Andreas Gadmer (FDP) sind Sammelklagen immer etwas suspekt. Juristen übernehmen das Zepter. Es stellen sich die Fragen, was die Konsequenzen aus einem Urteil für Opfikon sind und zwar sowohl wenn ein Prozess gewonnen, wie auch verloren würde.

Kurt Schwaighofer (CVP) ist der Ansicht, dass es für Opfikon Zeit ist, ein Zeichen zu setzen. Alle Prognosen werden zur Zeit über den Haufen geworfen. Eine nächste Hiobsbotschaft (Nachtflugverbot) würde ihn nicht mehr überraschen. Es ist schade, dass der Flughafen nicht bereit ist, sich mit seinen eng-



SITZUNG VOM

28. September 1998

sten Nachbarn an einen Tisch zu setzen und ein Gespräch auf gleicher Ebene zu führen. Es bleibt nur noch dieser Prozessweg. Die CVP unterstützt die Vorlage

Désirée Hanimägi (EVP) erklärt, dass auch die EVP/GV-Fraktion die Vorlage unterstützt. Sie ist froh, dass - auch hier im Ratsaal - das Volk unterstützt wird. Der Zeitpunkt ist aufgrund der unklaren Zukunftsaussichten richtig. Es scheint vor allem wichtig, dass der alte "Partner", der Kanton, mit der Klage konfrontiert wird.

Dem Geschäft wird ohne weitere Wortmeldungen zugestimmt.

11. Fluglärm - Formelle und materielle Enteignung, Ermächtigung an den Stadtrat zur Prozessführung und Bewilligung eines Nachtragskredites von Fr. 60'000.- U 1.1.2
-

Der Gemeinderat

- gestützt auf die Beschlüsse des Stadtrates vom 26. Mai 1998 und der Geschäftsprüfungskommission vom 8. September 1998 -

BESCHLIESST:

1. Der Stadtrat wird im Sinne von § 50 Ziffer. 9 GO zur Prozessführung ermächtigt.
2. Der erforderliche Kredit von Fr. 60'000.- für Prozesskosten wird als Nachtrag zum Voranschlag 1998 zu Lasten der Laufenden Rechnung bewilligt.
3. Es wird davon Kenntnis genommen, dass sich die Prozesskosten je nach Erledigungsverfahren verdoppeln bis verdreifachen können.
4. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - Stadtrat
 - Finanzausschuss
 - Finanzverwaltung
 - Stadtkanzlei



SITZUNG VOM

28. September 1998

12. **Genehmigung der Abrechnung über die Projektierung der Lärm- U 1.1.2
schutzmassnahmen 1991 mit Gesamtkosten von netto
Fr. 510'667.70**
-

Der Sprecher der RPK, Erich Weidmann, erklärt, dass hier - zum einen - ein ständiges Anpassen des Projektes zu dieser unerfreulichen Situation geführt hat. Zum anderen kamen Fehler, Fehleinschätzungen und Unterlassungen dazu. Auch die Rolle des damaligen Bauvorstandes ist störend. Mit dieser Rolle hat sich die RPK ausführlich auseinandergesetzt. Das Projekt wurde sauber und korrekt ausgearbeitet. Die Stadt ist nicht zu Schaden gekommen. Sowohl der heutige Bauvorstand, wie auch der heutige Abteilungsleiter teilen klar die Ansicht, dass der damalige Bauvorstand in den Ausstand hätte treten müssen, was von den heutigen Leuten auch gemacht würde.

Bauvorstand Walter Epli erklärt, dass damals im Bauamt und im Stadtrat Fehler gemacht wurden (Kostengutsprache SBB erst sehr spät beantragt; Projektierung ohne die SBB gemacht; Projektierungsvertrag ohne Kostendach abgeschlossen). Damals war der Stadtrat der Ansicht, dass das Projekt verwirklicht werden könnte und raschmöglichst vor das Volk gebracht werden soll. Von 1992-93 hat der Stadtrat sich hart mit der SBB auseinandergesetzt, ohne aber etwas zu erreichen. Heute muss man sagen, dass das Projekt nicht gebraucht werden kann, da die SBB die Projektierung hätte machen müssen, damit dieses überhaupt genehmigt würde.

Peter Bühler (FDP) kann eine solch massive Überschreitung nicht verstehen. Kleinere Firmen würden sich ruinieren. Der ganze Ablauf enttäuscht ihn sehr. Es wurde unterlassen, frühzeitig zu kontrollieren. Dem "alten" Bauamt muss eine Rüge erteilt werden.

Albert Steffen (SVP) stellt fest, dass sich da ein Stadtrat selber einen Auftrag gegeben hat, diesen ausgeführt, bezahlt und gleichzeitig auch noch beurteilt hat. Dies ist schlicht eine Sauererei.

Das Wort wird nicht weiter erwünscht, die Bauabrechnung wird ohne Gegenantrag genehmigt.



SITZUNG VOM

28. September 1998

- 12 Genehmigung der Abrechnung über die Projektierung der Lärmschutzmassnahmen 1991 mit Gesamtkosten von netto Fr. 510'667.70 U 1.1.2
-

Der Gemeinderat

- gestützt auf die Anträge des Stadtrates vom 27. Januar 1998 und der Rechnungsprüfungskommission vom 2. September 1998 sowie in Anwendung von § 50 Ziff. 2 der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

1. Die Abrechnung des Bauamtes vom 3. Dezember 1997 über die Projektierung der Lärmschutzmassnahmen 1991, mit Gesamtkosten von netto Fr. 510'667.70, wird genehmigt.
2. Der für die Kostenüberschreitung erforderliche Nachtragskredit im Betrag von netto Fr. 292'667.70 wird zu Lasten der Investitionsrechnung bewilligt.
3. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - Stadtrat
 - Bauvorstand
 - Bauamt
 - Finanzverwaltung
 - Leiter Bauamt
 - Stadtkanzlei



SITZUNG VOM

28 September 1998

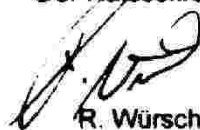
Schluss der Sitzung

Valentin Perego (FDP) ist der Ansicht, dass das Büro und der Ratspräsident das Vorgehen bei der Beantwortung einer Interpellation überprüfen sollen. Nach seiner Meinung war das heutige Vorgehen falsch.

Gegen die Geschäftsführung werden keine weiteren Einwendungen erhoben. Daniel Trachsler macht auf die Rekursmöglichkeiten gemäss § 151 des Gemeindegesetzes aufmerksam. Rekursinstanz ist der Bezirksrat Bülach, Bahnhofstrasse 3, 8180 Bülach.

Opfikon, 29. September 1998

Für richtiges Protokoll
Der Ratssekretär:



R. Würsch



PROTOKOLL DES GEMEINDERATES OPFIKON

- 83 -

SITZUNG VOM

28. September 1998

Protokoll geprüft:

Datum:

Der Präsident:

A. Trachler

5. 10. 98

Der 1. Vizepräsident:

V. Hüni

2. 10. 98

Die 2. Vizepräsidentin:

Edy Pia

2. 10. 98

